

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE

Entschließung des Bundesrates zum sogenannten Umbrella Agreement

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Mit der Entschließung auf Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg (BR-Drs. 90/16) hat der Bundesrat in seiner 944. Sitzung am 22. April 2016 zum geplanten Rahmenübereinkommen zwischen der EU und den USA über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zwecke der Strafverfolgung (sogenanntes Umbrella Agreement) Stellung genommen. Ziel der Initiative war insbesondere, mit einer Bitte an die Bundesregierung sicherzustellen, dass die im Rahmenabkommen enthaltenen Regelungen nicht hinter dem europäischen Datenschutzstandard zurückbleiben.

Aus welchen Gründen hat die Landesregierung der Entschließung des Bundesrates zu dem geplanten Rahmenübereinkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zweck der Strafverfolgung (sogenanntes Umbrella Agreement) nicht zugestimmt?

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat sich zur Entschließung des Bundesrates zum Umbrella Agreement aus formalen Gründen enthalten. Das Rahmenübereinkommen war zum Zeitpunkt der Einbringung der Entschließung bereits von beiden Vertragspartnern paraphiert worden. Auf Grund des fortgeschrittenen Verfahrensstandes wurde die Wirkung des Fassens der Entschließung infrage gestellt.